

Austausch mit Bayerns Innenminister Herrmann

Quitterer plädiert für eGK für Flüchtlinge und höhere Vergütung für Ärztinnen und Ärzte bei Gewahrsamtauglichkeitsprüfungen

Am 21. Februar 2024 war Dr. Gerald Quitterer, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), zu Gast bei Innenminister Joachim Herrmann im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration am Münchner Odeonsplatz. Bei dem gemeinsamen Austausch machte sich Quitterer erneut für die Einführung der „elektronischen Gesundheitskarte“ (eGK) für alle Geflüchteten im Freistaat sowie für eine Erhöhung der ärztlichen Vergütung bei sogenannten „Gewahrsamtauglichkeitsprüfungen“ der Polizei stark.



BLÄK-Präsident Dr. Quitterer im regen Austausch mit Staatsminister Herrmann (v. li).

Der Präsident der BLÄK erläuterte zu Beginn des Gesprächs die gegenwärtige Lage bezüglich der eGK für Geflüchtete. Während in einigen Bundesländern wie Berlin oder Hamburg Geflüchtete bereits kurzfristig eine eGK erhalten könnten, sei dies in anderen Bundesländern wie Bayern nicht der Fall. Dort erhielten Geflüchtete nach ihrer Ankunft in der Regel maximal 18 Monate lang Berechtigungsscheine für Arztbesuche. Diese Scheine enthielten Daten, deren Übertragung in die Computersysteme von Praxen und Kliniken jedoch sehr aufwendig und fehleranfällig sei. Der Präsident betonte, dass die rasche Einführung der eGK für Geflüchtete diese Probleme lösen und gleichzeitig den Aufwand und die Bürokratie für die Betroffenen, sowie für die Arztpraxen reduzieren könnte.

Innenminister Herrmann äußerte die Absicht, nochmals mit anderen betroffenen Ressorts in

anderen Bundesländern die positiven und negativen Auswirkungen der Einführung einer eGK für alle Geflüchteten, insbesondere der Kostenfragen, besprechen zu wollen. Es bestünden jedoch Bedenken in seinem Ministerium aufgrund der bisherigen, eher überschaubaren Rückmeldungen aus den Ländern und Landkreisen, die einen hohen Aufwand und zusätzliche Kosten beklagt hätten. Als weitere Möglichkeit wurde in der Folge die Einführung der eGK über die Bezahlkarte für Flüchtlinge als mögliche Lösung durch den Minister vorgeschlagen, diese Option werde im Ministerium geprüft.

In Bezug auf die Vergütung von Gewahrsamtauglichkeitsprüfungen machte Quitterer im weiteren

Verlauf des Gesprächs deutlich, dass Aufwand und Ertrag bei solchen Leistungen nicht im Verhältnis stehen würden und eine höhere Vergütung außerhalb der Gebührenordnung für Ärzte dringender angezeigt sei. Andere Länder wie Nordrhein-Westfalen oder Sachsen hätten bereits individuelle Vereinbarungen für höhere Vergütungen mit den Landesärztekammern getroffen. Staatsminister Herrmann signalisierte, auch hier auf die Länder zugehen zu wollen und stellte eigene Gebührenverträge außerhalb der Gebührenordnung in Aussicht. Dies solle im Austausch mit der Justiz bzw. Polizei geprüft werden.

Nils Härtel (BLÄK)

Fördern Sie medizinische Forschung

Helfen Sie uns mit Spenden und Zustiftungen, die erfolgreiche Arbeit in der Krebsforschung weiter voranzubringen. Damit wir auch in Zukunft innovative Forschungsprojekte zielorientiert und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen fördern können. Sprechen Sie uns an. Gerne beraten wir Sie dabei, eine auf Sie persönlich zugeschnittene Form der Förderung zu finden.

Mehr unter: www.wilhelm-sander-stiftung.de



Wilhelm Sander-Stiftung